

20/X. 1915.

**Stadtverordneten-Versammlung.**

Den Vorsitz führte Stadtv. Dr. Friedleben.

Zur Beratung standen zuerst Magistratsvorlagen. Für den Kriegshilfsverein für den Kreis Löben werden 100 000 M. verlangt. Stadtv. Dr. Brud (Wp.) ist für die Bewilligung, empfiehlt aber die Annahme einer Resolution, daß die Gelder nicht für Aufgaben verwanzt werden sollen, deren Erfüllung dem Staate obliegen. Oberbürgermeister Voigt erklärte, daß der Magistrat der gleichen Ansicht sei. Stadtv. Fleischer (nl.) sprach die Zustimmung seiner politischen Freunde aus. Die geforderte Summe wurde bewilligt und die Resolution angenommen.

**Um Maßnahmen zur Binderung der bezz. schenden**

**Teuerung**

hatte der Magistrat das Reichsamt des Innern ersucht. Die Antwort ist schon veröffentlicht worden. Die Stadtv. Zielsowski (Soz.) und Dr. Quard (Soz.) fanden die Antwort vollkommen ungenügend und weisen namentlich auf die Lebensmittelteuerung hin.

Ein Antrag Fleischer, der durch die Festsetzung der Höchstpreise teilweise erledigt ist, lautet: „den Magistrat zu ersuchen, bei dem stellvertretenden Generalkommando des 18. Armeekorps vorstellig zu werden, daß nach dem Vorgehen anderer militärischer Behörden ein Höchstpreis für inländische Butter bestimmt wird. Der Magistrat möge weiter bei der Reichsprüfungsstelle für Lebensmittel die Festsetzung angemessener Höchstpreise für inländische Butter für die Erzeuger, den Großhandel und den Kleinhandel anregen und dahin wirken, daß die Zufuhr ausländischer Butter allein durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin vorgekommen werde.“

Dr. Quard beantragt, dem Staatssekretär des Innern zu erwidern, daß Magistrat und Stadtverordnetenversammlung der Ansicht sind, daß die Kartoffel- und Fettversorgung nur nach dem Muster der Brotversorgung möglich sei.

Oberbürgermeister Voigt erklärte, daß alle Bemühungen der Stadt von der Reichskartoffelstelle Kartoffel zu erhalten vergeblich gewesen seien. (Hört! Hört!) Es seien nun aus dem Westertal 40 000 Zentner Kartoffeln zu 3.55 M. bezogen worden, für den Richtpreis von 3.05 M. seien überhaupt keine zu erhalten. Das Generalkommando hat dem Regierungspräsidenten die Festsetzung von Höchstpreisen für Butter empfohlen. Der Magistrat hat sich mit der Frage beschäftigt. Es sei bedauerlich, daß Höchstpreise für Produzenten nicht bewilligt worden sind. Es müßten also lediglich Höchstpreise für den Kleinverkauf festgesetzt werden. Als solcher sei bestimmt worden 2.40 M. für feinste Butter, 2.10 M. für Landbutter. Nützlich sei aber, um einer Abwanderung vorzubeugen, die zentrale Festsetzung von Höchstpreisen. Das Generalkommando soll gebeten werden, dafür Sorge zu tragen, daß die Frankfurter Höchstpreise allgemein eingeführt werden.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Wp.) ist der Ansicht, daß mit der Antwort des Staatssekretärs des Innern nicht viel anzufangen ist. Strafrechtliche Momente festzustellen sei sehr schwer. Organisatorische Maßnahmen, nicht strafrechtliche, sind nötig. Die Regelung der Kartoffelfrage hat für den hiesigen Bezirk keinen praktischen Wert. Der empfehlenswerteste Weg wäre die Einführung der Höchstpreise und die Beschlagnahme. Petitionen seien ziemlich zwecklos. Es sei Zeit, zu Organisationen überzugehen. In Frankfurt sei das in erfreulicher Weise geschehen. Es müsse aber noch energischer vorgegangen werden. Die Preisprüfungsstelle sei eine gute Einrichtung, aber durch die Bestimmungen sei sie beengt. Immerhin sei eine Grundlage zu weiterem energischem Vorgehen gegeben, denn sie habe u. a. das Recht zur Beschlagnahme und Enteignung. Es ist jetzt die Zeit, daß die Städte zu einer derartigen Organisation übergehen.

Stadtv. Fleischer (nl.) meinte, es müsse mehr als bisher bekanntgegeben werden, wo inländische Butter zu haben ist. Die Versorgung mit Butter sei für niemand möglich, man solle darum den städtischen Butterverkauf nicht nur für die Rinderbemittelten festsetzen.

Stadtv. Dr. Quard (Soz.) bezweifelt, daß die Frankfurter Prüfungsstelle viel erreichen könnte.

Stadtv. Dr. Brud (Wp.) wandte sich dagegen, daß die Zufuhr ausländischer Butter allein durch die Zentraleinkaufsgesellschaft in Berlin vorgekommen werde. Diese Organisation sei nicht musterhaft; so habe die Gesellschaft nichts getan, um die Eierpreise zu verbilligen. Es fehlen dort die Fachleute. Die Städte sollten dahin wirken, daß ihre Vertrauensleute in die Leitung kommen.

Stadtv. Dr. Heilbrunn (Wp.) verkennt nicht die Mängel der lokalen Prüfungsstelle. Es sei aber dennoch mancherlei zu erreichen. Von dem Antrag Dr. Quard verspricht er sich ebensowenig Besserung, wie von anderen papierernen Resolutionen.

Oberbürgermeister Voigt erklärte, daß der Magistrat sofort nach amtlicher Mitteilung die Nahrungsmittellkommission als Preisprüfungsstelle bestimmt habe. Da sie sich nur auf den Bezirk Frankfurt beziehe, seien ihre Machtbefugnisse beschränkt. In die Zentraleinkaufsgesellschaft werde ein Vertrauensmann der Städte eintreten.

Alsdann wurden die Anträge Fleischer und Quard angenommen, desgleichen ein Antrag Heilbrunn, die Preisprüfungsstelle zu beauftragen, die Lebensmittelversorgung zu organisieren und die gesamte Preisfestsetzung zu kontrollieren.

Fortzahlung des halben Monats-Gehaltes für die zum Heeresdienst einberufenen Hilfschaffner der Straßenbahn wird in einer Eingabe gewünscht. Stadtv. Dorich (Soz.) stellte namens des sozialpolitischen Ausschusses das Entgegenkommen des Magistrats fest, der die Hilfskräfte außer an die Reichshilfe an die Kriegsfürsorge verweist. Nach kurzer Debatte wird die Angelegenheit als erledigt erklärt.

Stadtv. Berneder (Wp.) fragt an, ob es wahr sei, daß die heurlaubten städtischen Arbeiter 1 Mark für den Tag erhalten. Bürgermeister Dr. Luppe bejaht das. Seit dem 10. Oktober wird den städtischen Arbeitern ohne Rang für den Urlaubstag, rückwirkend vom 1. Oktober ab, 1 Mark gezahlt.

Der Bericht des sozialpolitischen Ausschusses über Einrichtung von Räumen für einen städtischen Stellennachweis für kaufmännische Angestellte führte

zu einer längeren Debatte, die nicht zu Ende geführt wurde, weil sich schließlich herausstellte, daß nur noch dreißig Stadtverordnete anwesend waren. Da das Haus somit beschlußunfähig war, wurde die Sitzung kurz nach 8 Uhr geschlossen.